

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Plump auf Pump

In Deutschland und im Rest der Welt sind Politiker am Zug, die das Heil im Staate suchen / Josef Joffe

Wo ist Gerhard Schröder, wenn wir ihn wirklich brauchen? Nicht den neuen Mr Gasprom, sondern den Kanzler, der den Paradigmenwechsel geprobt hatte - der mit der Agenda 2010 die Sozial- und Steuerlast zu senken und den Deutschen ein kompakteres Staatsverständnis beizubringen versuchte, etwa: »Der Staat soll nicht rudern, sondern steuern, weniger kontrollieren als herausfordern.«

Auch Angela Merkel redet manchmal noch so - erst vor Monatsfrist predigte sie »weniger, nicht mehr Staat«. Die Wirklichkeit läuft längst in die entgegengesetzte Richtung - und nicht nur in Deutschland, sondern von Europa bis Lateinamerika. Der Staat soll überall wieder »kontrollieren« und »rudern«. Und da er nicht umsonst rudert, will er auch kräftig kassieren.

Zum Beispiel der deutsche Staat, der gerade die größte Steuererhöhung der Nachkriegsgeschichte verfügt hat. Den ökonomischen Unsinn, zu Beginn einer schlappen Konjunkturerholung 25 Milliarden Euro Kaufkraft abzusaugen, hätte man der Koalition noch verziehen, wenn sie den Erlös aus der Mehrwertsteuererhöhung den Lohnnebenkosten gewidmet hätte. Tatsächlich greift sich der Staat zwei Drittel fürs eigene Konto, und die Botschaft ist schlimmer als die Bereicherung: Kassieren ist besser als reformieren. Als Merkel anmerkte: »Sparen tut weh«, hat sie nicht den Staat gemeint. Nach

sechs Monaten Großer Koalition genießen die Skeptiker einen traurigen Triumph. Ein solches Monstrum hebt den Parteienstreit nicht auf, sondern verlagert ihn ins Kabinett, wo der Selbsterhaltungstrieb die Debatte zugunsten des kleinsten gemeinsamen Nenners, mithin des Stillstands erstickt.

Doch sind die Deutschen nicht allein. Das Fenster des Wandels schließt sich überall. In England wird der Bürger nach Blair die Wahl zwischen zwei Etatisten haben: hier Gordon Brown, Labour, links - dort David Cameron, Tories, links. Beide glauben an den mächtigen Versorgungs- und Erziehungsstaat, der auf Englisch nanny state heißt. Frankreich erlebt die Agonie eines Ancien Régime, das mit einer winzigen Arbeitsmarktreform an einem neuzeitlichen Bastille-Sturm gescheitert ist. Die Italiener haben Berlusconi vertrieben, der Reformen vorgegaukelt hatte, um dann fleißig den Rechtsstaat zu untergraben. Nur wird die neue Linksregierung eher sich selber als den Reformstau auflösen. Mit Kommunisten und Christdemokraten im Gespann ist das Prodi-Team zur Selbstblockade verdammt. Spanien? Hier haben die Staatsfreunde unter Zapatero schon 2004 triumphiert. Fazit: Die »großen Vier« der EU marschieren im müden Gleichschritt in einer Welt, in der Aufsteiger wie China und Indien das Tempo vorgeben.

Lateinamerika? Der Kontinent, schreibt Jorge Castañeda, der frühere mexikanische

Außenminister, »dreht sich nach links und gegen die Trends der vergangenen 15 Jahre: Marktwirtschaft und Festigung der repräsentativen Demokratie«. Die »populistische Linke«, fügt er hinzu, »liebt die Macht mehr als die Demokratie« - gemeint sind Hugo Chávez (Venezuela), Evo Morales (Bolivien) und Alfredo Palacio (Ecuador), die mit der Verstaatlichung von Öl und Gas die »Produktionsmittel« an sich reißen, ohne die Armen auch nur ein Jota reicher zu machen. Das zeigt am besten Venezuela: Seit der Machtübernahme durch Chávez wächst die Wirtschaft nicht mehr, das Pro-Kopf-Einkommen ist gar um 45 Prozent gefallen. Venezuela ein neues Kuba? Nein, antwortet der Economist, sondern ein »neues Nigeria«: ein »gescheiterter Petrostaat«.

Gibt es einen gemeinsamen Nenner? Automatisch fällt das Wörtchen »Globalisierung«, diese gewaltige Kraft, die viele einst geschützte Märkte zu einem einzigen zusammenschweißt, weil die Kosten des Transports fallen und die der Kommunikation gen null tendieren. Folglich strebt das Kapital zur höchsten Rendite, Arbeit zum höheren Lohn und die Ware zum besseren Preis. Viele gewinnen, manche verlieren bei diesem globalen Spiel - und die herkulische Aufgabe des 21. Jahrhunderts: die Anpassung beschleunigen, die Nachzügler stärken, die Menschen insgesamt zu Anteilseignern des Wandels machen. Wie?

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Zurück nach Hause. Da schrieb jüngst ein führender Politiker: Der klassische Sozialstaat »stößt an seine Grenzen. Er verfolgt noch zu sehr nachsorgende Ziele. Er fördert und aktiviert die Menschen zu wenig. Seine Finanzierungsbasis ist brüchig geworden. Das Muster der nationalstaatlich ausgerichteten Industriegesellschaft (wird) nicht mehr funktionieren.« So räsonnierte Matthias Platzeck beim Abschied vom SPD-Vorsitz.

Das ist die vorsichtige Version der Kritik, die heute kaum einer hören will. Probieren wir es also andersherum, und zwar mit der größten deutschen Erfolgsstory seit 2003. Seitdem ist Deutschland wieder Exportweltmeister - vor Amerika, China und Japan. Warum dann jammern? Weil in dieser brillanten Performance die tieferen Wurzeln der Malaise stecken, weil der Exportboom nicht als Binnenwachstum durchschlägt. Ein paar Zahlen mögen das erklären. Der deutsche Export war 2004 eine Billion Dollar wert, der Umsatz deutscher Auslandsfirmen 1,2 Billionen. Im selben Jahr hat die deutsche Wirtschaft 700 Milliarden Dollar im Ausland investiert und dort

vier Millionen Menschen beschäftigt. Schließlich: Deutsche Exporte sind so toll, weil 40 Prozent des Inputs aus dem billigeren Ausland kommen.

Kurzum: »Globalisierter« als Deutschland sind nur noch Singapur und Hongkong. Draußen hat das Land eine fantastische Anpassungsfähigkeit bewiesen; daheim verordnet die Regierung den Kriechgang. Die Wirtschaft exportiert Kapital und »importiert« Wettbewerbsfähigkeit; die Folge ist die Entkopplung der Gewinne vom Binnenwachstum. Das ist ungerecht, aber noch ungerechter ist ein Arbeitsmarkt, in dem ein Drittel der Menschen teilzeitig und befristet arbeitet, derweil die Privilegierten Kündigungsschutz genießen, fünf Millionen überhaupt keine Arbeit haben und Hunderttausende in Minijobs malochen.

Warum? Die Litanei ist bekannt. Sie reicht von den hohen Kosten und Hürden von Geschäftsgründungen über einen sklerotischen Arbeitsmarkt bis hin zum gebremsten Strukturwandel in Richtung Servicegesellschaft (wo die Jobs sind). Es ist doch viel

einfacher, im Ausland zu investieren und Jobs zu exportieren, als sich hier mit den Behörden oder den Arbeitsgerichten herumzuschlagen. Beschäftigung entsteht anderswo - das ist die deutsche Tragödie. Dazu der US-Zukunftsforscher Alvin Toffler: »Die Verbreitung von Technologie, Kapital und Wissen bedeutet, dass Wohlstand überall auf dem Globus geschaffen werden kann.« Warum nicht auch hier?

Weil die Deutschen an der gespaltenen Anpassung leiden: Weltmeister auf dem Weltmarkt, Regionalspieler daheim. Draußen gewinnen sie die Pokale, zu Hause haben sie sich eine Regierung gewählt, die ihnen kaum mehr abfordert als höhere Abgaben. Wer aber draußen den Wandel so trefflich meistert, müsste es doch auch im eigenen Lande schaffen. Das ist das deutsche Paradox. Dass unsere großen Nachbarn noch zaghafter sind, ist kein Trost. Weltmeister müssen sich an den Aufsteigern messen. Doch China, Indien und Amerika spielen nicht auf Zeit.

Audio www.zeit.de/audio